

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Christian Calderone (CDU)

**Gesetz gegen digitale Gewalt im Internet: Was plant die Landesregierung?**

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 01.03.2023

Am 15. Februar 2023 veröffentlichte das Justizministerium unter der Überschrift „100 Tage Bilanz von Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann“ eine Pressemitteilung. Unter der Unterüberschrift „Gesetz gegen digitale Gewalt“ wird dort wie folgt ausgeführt: „Neben der effektiven Strafverfolgung von zunehmender Hasskriminalität im Internet ist es ein wichtiges Anliegen der Niedersächsischen Justizministerin, auch die Rechte der Opfer derartiger Straftaten zu stärken. Derzeit werden daher im Niedersächsischen Justizministerium die Eckpunkte eines Gesetzes gegen digitale Gewalt erarbeitet, die als Bundesratsinitiative in den Bundestag eingebracht werden. Mit dem Gesetz sollen Betroffene, die im Internet beleidigt, bedroht, gestalkt, verunglimpft oder verletzt werden, die Möglichkeit erhalten, schnell und unkompliziert die Löschung von Posts oder die Sperrung oder Löschung der Täter-Accounts beim Amtsgericht zu erwirken.“

Im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Bundesebene wird die Einführung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt bereits festgelegt (Seite 14). Am 31. August 2022 hat die Bundesregierung zudem eine neue Digitalstrategie beschlossen<sup>1</sup>. Auf Seite 23/24 der Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es: „Mit einem Gesetz gegen digitale Gewalt werden wir rechtliche Hürden für Betroffene, wie Lücken bei Auskunftsrechten, abbauen. Wir schaffen die rechtlichen Rahmenbedingungen für elektronische Verfahren zur Anzeigenerstattung und für private Verfahren und ermöglichen richterlich angeordnete Accountsperrungen. Wir werden Beratungsangebote für Betroffene von digitaler Gewalt fördern.“

1. Welchen Zeitplan verfolgt die Landesregierung zur Erarbeitung der Eckpunkte für ein Gesetz gegen digitale Gewalt im Internet?
2. Wie wird die Landesregierung gemäß der Presseinformation des Justizministeriums eine Bundesratsinitiative direkt in den Deutschen Bundestag einbringen? Erarbeitet die Landesregierung eine Formulierungshilfe für die die Bundesregierung tragenden Bundestagsfraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen?
3. Ist der Landesregierung bekannt, dass auch die Bundesregierung gemäß Koalitionsvertrag und der am 31. August 2022 beschlossenen Digitalstrategie plant, ein Gesetz gegen digitale Gewalt zu erarbeiten?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Planung der Bundesregierung, ein Gesetz gegen digitale Gewalt zu schaffen?
5. Geht die Landesregierung davon aus, dass die von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP getragene Bundesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag und der vorgelegten Digitalstrategie einen Gesetzesentwurf für ein Gesetz gegen digitale Gewalt bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf Bundesebene vorlegen wird?
6. Wenn ja, warum arbeitet dann auch das niedersächsische Justizministerium zeitgleich an Eckpunkten für ein solches Gesetz?
7. Wenn nein, worauf gründen die Zweifel der Landesregierung, dass die Bundesregierung ihre angekündigten Vorhaben umsetzt?

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitaler-aufbruch/digitalstrategie-2072884>

8. Gab es Gespräche der Landesregierung - insbesondere der Justizministerin - mit Vertretern der Bundesregierung zur Abstimmung des weiteren Vorgehens in Sachen „Gesetz gegen digitale Gewalt“? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchem Inhalt und mit welchem Ergebnis?